

Südafrikas Gewerkschaften auf Einheitskurs*

Friedrich Grän, geb. 1940 in Kiel, ist graduerter Volkswirt. Nach 15jähriger Tätigkeit als Gewerkschaftsberater der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ghana, Zambia und Botswana war er Internationaler Sekretär bei der IG Bau-Steine-Erden. Heute arbeitet er selbständig in Botswana.

Im Vorfeld des Gedenktages zum zehnten Jahrestag des Schüleraufstandes von Soweto überstürzten sich in Südafrika die Ereignisse. Mit der Verhängung des landesweiten Ausnahmezustandes versucht das südafrikanische Regime, die größte Widerstandswelle gegen das Apartheidsystem in der südafrikanischen Geschichte im Keime zu ersticken.

Bei landesweiten Razzien, noch vor Verkündung des Ausnahmezustandes, wurden führende Regimegegner, darunter nahezu die gesamte Gewerk-

* Grundlegende Literatur zum Thema: Ken Luckhardt/Brenda Wall: Working for Freedom; Black union Development in South Africa throughout the 1970s; World Council of Churches, Geneva, 1981; Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8, Dezember 1985, Bonn; Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 2, März/April 1985, Bonn. Dieser Aufsatz wurde Anfang Juli 1986 abgeschlossen.

schaftsführung aller Gewerkschaftsverbände festgenommen, deren Büros von Sicherheitskräften umstellt und durchsucht. Diese Maßnahmen konnten jedoch nicht verhindern, daß der für den 6. Juni von den Gewerkschaften aufgerufene Generalstreik weitgehend befolgt wurde. Sie haben das Gegenteil erreicht: Die Widerstandsbewegung ist noch enger zusammengerückt, noch einiger in ihren Zielen. Der internationale Druck ist noch stärker, der Ruf nach Wirtschaftssanktionen noch lauter geworden.

Obgleich nahezu die gesamte Führungsspitze der südafrikanischen Gewerkschaften inhaftiert ist - die Anzahl wird auf mehr als 900 Gewerkschafter geschätzt - hat die Gewerkschaftsbasis mobil gemacht und der Regierung ihren Forderungskatalog präsentiert. Einmalig in der Geschichte Südafrikas ist dabei, daß führende Arbeitgebervertreter sich den Gewerkschaftsforderungen angeschlossen haben und die Freilassung der Inhaftierten sowie die unbeeinträchtigte Wiederaufnahme der Kollektiverhandlungen fordern.

Zur gegenwärtigen Lage der Gewerkschaftsbewegung im Apartheidstaat

Die Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes „Congress of South African Trade Unions“ (COSATU) am 1. Dezember 1985 in Durban markiert einen historischen Meilenstein in der südafrikanischen Gewerkschaftsgeschichte. Erstmals ist es gelungen, die unterschiedlichen politischen und gewerkschaftlichen Strömungen in einer Dachorganisation zu vereinen. Lediglich die der Black Consciousness-Bewegung nahestehenden Verbände „Council of South African Trade Unions“ (CUSA) sowie der „Azanian Congress of Trade Unions“ (AZACTU) sind dem neuen Dachverband noch nicht beigetreten.

COSATUs Ziel ist es, mit zwölf starken Industriegewerkschaften in allen zentralen Wirtschaftssektoren vertreten zu sein. Somit könnte eine organisatorische Kraft entstehen, die sich zu einer tragenden Säule der Widerstandsbewegung gegen das Apartheid-System entwickeln kann. Die Massendemonstrationen am 1. Mai dieses Jahres haben dieses nachhaltig unterstrichen.

Zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Gewerkschaftssituation in Südafrika sollen die Schritte, die zur Gründung von COSATU führten, nachgezeichnet werden.

Geschichtlicher Rückblick

Während die Gewerkschaften der weißen, farbigen und asiatischen Arbeiter bereits seit den zwanziger Jahren staatlich zugelassen und registriert sind, dürfen afrikanische Arbeiter erst seit 1979 offiziell Gewerkschaften gründen und an kollektiven Tarifverhandlungen teilnehmen. Der Staat konnte jedoch nicht verhindern, daß sich parallel zu den registrierten Gewerkschaften nicht-registrierte Gewerkschaften der Arbeiterschaft bildeten.

Das in Hunderten von Gesetzen verankerte System der Rassentrennung und der bis zur Perfektion entwickelte Unterdrückungsapparat verhinderten

den kontinuierlichen Aufbau einer schlagkräftigen afrikanischen Gewerkschaftsbewegung und trugen maßgeblich zu ihrer Spaltung bei. Zahlreiche Versuche, die divergierenden Interessen zwischen Facharbeitern und ungelerten Arbeitern, zwischen städtischen Arbeitern und Arbeitern aus den Reservaten (Homelands) zu vereinen, scheiterten vor allem an der Bantustanpolitik (Homelandpolitik) der südafrikanischen Regierung.

Der erste nicht-rassische südafrikanische Gewerkschaftsverband „South African Congress of Trade Unions“ (SACTU) wurde am 5. März 1955 gegründet. Ursprünglich war SACTU ein Zusammenschluß von nicht-registrierten sowie 14 registrierten Gewerkschaften, die aus dem „Council of Non-European Trade Unions“ (CNETU) hervorgingen oder nicht bereit waren, dem von Weißen dominierten „Trade Union Council of South Africa“ (TUCSA) beizutreten.

SACTUs Gewerkschaftspolitik wird von zwei Prinzipien beherrscht: nicht-rassisch und politisch orientiert. Die Beschränkung des Kampfes auf wirtschaftliche Emanzipation allein wird von SACTU als Verrat an der Arbeiterschaft bezeichnet, weil sich am System der Rassendiskriminierung und der Unterdrückung nichts ändern würde. Deshalb ging SACTU eine Allianz mit dem „African National Congress“ (ANC) ein, die bis heute fortbesteht.

SACTUs Bemühungen, die Gewerkschaften der Farbigen aus den von den Weißen dominierten Gewerkschaften zu lösen, hatten großen Erfolg. Innerhalb kurzer Zeit wuchs die Mitgliederzahl auf das Dreifache, die der angeschlossenen Verbände von 29 auf 46. Erklärtes Ziel war es, erst einmal Mitglieder aus allen Arbeitsbereichen zu organisieren, darunter auch Hausangestellte und Wanderarbeiter. Später sollten sie dann in Industriegewerkschaften eingegliedert werden.

Nach dem Verbot des ANC im Jahre 1960 übernahm SACTU eine Reihe seiner Aktivitäten. Der Staat verschärfte daraufhin die Repressionen und kriminalisierte durch die Einführung des Sabotage Acts nahezu alle Gewerkschaftsaktivitäten. Führende SACTU-Vertreter wurden verhaftet oder verbannt und somit in den Untergrund getrieben. Viele gingen ins Exil. Die stark dezimierten SACTU-Gewerkschaften sind heute überwiegend mit der „United Democratic Front“ (UDF) verbunden.

Zweifellos verfügt SACTU auch heute noch - auch aufgrund seiner Allianz mit dem ANC - über eine solide Basis in den Betrieben. Aus dem Exil versucht er aktiv am Entwicklungsprozeß der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung teilzunehmen.

Die Antwort der Regierung auf Massenstreiks und Unruhen

Mit dem Erstarken der schwarzen Gewerkschaftsbewegung unter der Black Consciousnessbewegung und der Solidarisierung der Bürgerrechtsbewegung mit den Gewerkschaften verstärkte sich der Druck auf das Regime erheblich.

Nachdem der Staat vergeblich versucht hatte, die immer mehr zu einem umfassenden Widerstand gegen das Apartheid-System anwachsenden Streik- und Protestaktionen mit repressiven Mitteln unter Kontrolle zu bringen, damit aber genau das Gegenteil erreichte, setzte er zwei Kommissionen (Wiehahn- und Riekert-Kommission) ein. Sie sollten Vorschläge für eine Änderung der Arbeitsgesetze (Wiehahn-Kommission) und für die effektivere Nutzung der schwarzen Arbeitskraft (Riekert-Kommission) ausarbeiten. Damit versucht die Regierung, zwei Dinge gleichzeitig zu erreichen: die Schaffung einer städtischen schwarzen Mittelklasse - als Puffer gegen die schwarzen Arbeiter, deren Zuzug aus den Homelands begrenzt werden sollte - und eine „Reform“ des Arbeitsrechts, das schwarze Gewerkschaften zwar zuließ, sie aber unter staatliche Kontrolle stellte. Im Gesetz zur Schlichtung von Auseinandersetzungen im industriellen Bereich (Industrial Reconciliation Amendment Act) von 1979 wurden die Empfehlungen der Wiehahn-Kommission aufgenommen.

Alle Wanderarbeiter und Pendler aus den Homelands wurden jedoch vom Recht auf gewerkschaftliche Organisation und kollektiver Tarifverhandlungen ausgeschlossen. Obgleich der neue Industrial Relations Amendment Act von 1981 das gewerkschaftliche Organisationsrecht auf alle Arbeitnehmer ausdehnt, bleiben Farmarbeiter, Hausangestellte und öffentlich Bedienstete davon ausgeschlossen. Diese Gruppen sind ebenso wie die Kontraktarbeiter weiterhin rechtlos.

Sowohl registrierte wie nicht-registrierte Gewerkschaften unterliegen der staatlichen Kontrolle (Mitgliederkarteien, Finanzen und so weiter). Die registrierten Gewerkschaften haben jedoch das Recht, die Aufnahme in einen Industrial Council zu beantragen und eine Schlichtungsstelle anzurufen. Darüber hinaus können sie mit den Arbeitgebern ein Lohnabzugsverfahren der Mitgliedsbeiträge aushandeln.

Bei der Registrierung wie bei der Zulassung zum Industrial Council wird geprüft, ob eine Gewerkschaft „repräsentativ“ ist. Arbeitgeber müssen jedoch nicht mit einer Gewerkschaft verhandeln, auch wenn sie als repräsentativ gilt.

Streiks sind nach wie vor de facto verboten, da jeder Streik auch zugleich ein Bruch des Arbeitsvertrages ist und somit den Arbeitgeber zu Entlassungen berechtigt.

Die gegenwärtige unabhängige Gewerkschaftsbewegung

Die unabhängigen Gewerkschaften werden im wesentlichen durch drei Gewerkschaftsverbände repräsentiert: „Federation of South African Trade Unions“ (FOSATU), „Council of South African Trade Unions“ (CUSA) und „Azanian Congress of Trade Unions“ (AZACTU). Hinzu kommen eine Anzahl von Einzelgewerkschaften.

FOSATU wurde im April 1979 gegründet. Sie ist eine nichtrassische Föderation, die in zehn Industriegewerkschaften gegliedert ist. Aufgrund der

schmerzlichen Erfahrungen, die die südafrikanische Gewerkschaftsbewegung mit dem Schicksal SACTUs gemacht hat, hielt sich FOSATU in den ersten Jahren ihres Bestehens aus der unmittelbaren Politik heraus und konzentrierte sich hauptsächlich auf die Betriebsarbeit - und das mit großem Erfolg.

FOSATU ist der größte und bestorganisierte Gewerkschaftsverband in Südafrika. Das zeigt sich schon an seinem hohen Organisationsgrad und in der Anzahl der Anerkennungsabkommen, die mit Unternehmen geschlossen wurden. Die Zahl erfolgreich durchgeführter Streikaktionen ist beachtlich und zum großen Teil auf eine gute Betriebsarbeit zurückzuführen.

FOSATU strebt eine basisdemokratische Form der Entscheidungsbildung an. Die gewählten Vertreter der Gewerkschaftsbasis haben auf alle Entscheidungen, die auf mittlerer oder oberer Ebene getroffen werden, durch Mehrheitsbeschluß Einfluß. Deshalb hat die Funktionärs- und Mitgliederschulung einen hohen Stellenwert.

FOSATU lehnt politische Aktionen im außergewerkschaftlichen Bereich ebenso ab wie ausländische Einflußnahme. Die organisatorische Stärke von FOSATU zeigt sich außerdem darin, daß die südafrikanische Regierung sich gezwungen sah, Solidaritätsspenden ausländischer Organisationen (IBFG, TUC, skandinavische Gewerkschaften, Kirchen und andere) zu verbieten. Diese Spenden machten bis zu 40 Prozent des Budgets der FOSATU-Gewerkschaften aus. Einem Einspruch gegen das Verbot ausländischer Hilfe wurde vom obersten Gericht zwar stattgegeben, doch die Regierung hob den Beschluß durch eine Gesetzesänderung wieder auf.

CUSA wurde im September 1980 gegründet. Seine Mitgliedsgewerkschaften sind Industriegewerkschaften. Die Mitglieder sind ausschließlich schwarze Industriearbeiter.

CUSA ist der Black Consciousness-Bewegung verbunden. Er ist wie sie der Ansicht, daß die Zukunft der Schwarzen nicht über einen richtungslosen „Multirassismus“ führen kann, sondern, daß die Schwarzen ihre eigene Identität finden müssen. Die Einsetzung von Schwarzen in Führungspositionen wird als unabdingbar angesehen, damit eine nicht-rassische, demokratische und gerechte Gesellschaft aufgebaut werden kann.

Obleich CUSA betont, daß im Apartheid-System eine Trennung in wirtschaftliche und politische Lebensbereiche nicht möglich ist, vermeidet er jedoch die direkte politische Konfrontation mit dem Staat. Er delegiert seine politischen Forderungen vielmehr an die schwarzen Führer in den kommunalen und regionalen Institutionen.

CUSA hat durch den Austritt seiner mitgliederstärksten Einzelgewerkschaft „National Union of Mineworkers“ (NUM) im August 1985 erheblich an Stärke eingebüßt. NUM hatte CUSA verlassen, weil er sich nur halbherzig an den Einigungsverhandlungen zur Gründung eines Dachverbandes beteiligte und die Verhandlungen 1985 verlassen hatte.

AZACTU wurde 1984 gegründet. Er ist ebenfalls aus der Black Consciousness-Bewegung hervorgegangen. Er hat bisher nur relativ wenig Mitglieder. AZACTU ist mit dem „National Forum“ (NF) verbunden. Er betont den Führungsanspruch der schwarzen Arbeiterklasse im Befreiungskampf, auch gegen schwarze Händler und Kleinbürger.

Zusammen vertreten CUSA und AZACTU, nach dem Austritt von NUM (200 000 Mitglieder, davon 100 000 zahlende Mitglieder), rund 150 000 Mitglieder.

Zu den größeren unabhängigen Einzelgewerkschaften können folgende Gewerkschaften gezählt werden:

- National Union of Mineworkers (NUM) -Bergarbeiter;
- General Workers Union (GWU) - Hafenarbeiter;
- Food and Canning Workers Union (FCWU) - Nahrungsmittel;
- Commercial, Catering and Allied Workers Union of South Africa (CCAWUSA) - Einzelhandel;
- Capetown Municipal Workers Association (CTMWA) - Städtischer Dienst.

Die der „United Democratic Front“ (UDF) angeschlossenen Gewerkschaften sind unter anderen:

- South African Allied Workers Union (SAAWU) - Arbeiterverband;
- Glass and Allied Workers Union (GAWU) - Glasindustrie;
- Motor Assemblies and Component Workers Union (MACWUSA) - Metallbereich.

Diese Gewerkschaften waren maßgeblich an den Einigungsverhandlungen beteiligt.

Die Einheitsbestrebungen seit 1981

Die Konferenz in Langa bei Kapstadt im August 1981 leitete einen vier Jahre dauernden Prozeß um Gewerkschaftseinheit ein, der mit der Gründung des neuen Dachverbandes COSATU abgeschlossen werden konnte. Dieser Einigungsprozeß drohte oftmals zu scheitern, beziehungsweise seine Orientierung zu verlieren.

Was drohte, war die Aufspaltung der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung in zwei politisch orientierte Richtungsgewerkschaftsverbände - UDF versus Black Consciousness - und in einen politisch-unabhängigen Verband. Daß diese Entwicklung nicht oder nur teilweise eintrat, hegt vor allem in der Zähigkeit begründet, mit der die Verhandlungen geführt wurden. Darüber hinaus haben sie einen Bewußtseinsprozeß in Gang gesetzt, der eindeutig in Richtung auf Gewerkschaftseinheit zielte.

Einer der Hauptstreitpunkte war die Forderung der Mehrheit nach Festschreibung des nicht-rassischen Prinzips im neuen Dachverband. CUSA und AZACTU sahen in einem nicht-rassischen Dachverband jedoch das Prinzip der „schwarzen Führung“ gefährdet und schlugen *anti-rassistisch* als Alterna-

tivformel vor. Durch ihre Weigerung, das nicht-rassische Prinzip als verbindlich anzuerkennen, begaben sie sich damit der Möglichkeit, im neuen Dachverband ihre Vorstellungen durchzusetzen.

An den Einigungsverhandlungen nahmen mit wechselnden Besetzungen der größte Teil der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung teil. Lediglich der gemischtrassische TUCSA war nicht beteiligt.

CUSA verließ die Einigungsverhandlungen im August 1985, verlor dabei aber seine größte Mitgliedsgewerkschaft (NUM), deren Generalsekretär Cyril Ramaphosa einer der Hauptfiguren bei den Verhandlungen war.

Schwerpunkte bei den Auseinandersetzungen waren die Gewerkschaftsstrategie zur neuen Arbeitsgesetzgebung und die Formulierung der Grundprinzipien des neuen Dachverbandes.

Schließlich komplizierten sich die Verhandlungen durch die Einladung der 1983 gegründeten Bürgerrechtsorganisationen „United Democratic Front“ (UDF) und „National Forum“ (NF) an die Gewerkschaften, sich an ihren politischen Aktionen zu beteiligen. Ebenso drohten Pressespekulationen, wonach der im Untergrund und Exil operierende „South African Congress of Trade Unions“ (SACTU) mit dem neuen Verband konkurrieren wolle, die Verhandlungen negativ zu beeinflussen. SACTU und die angesprochenen Gewerkschaften dementierten jedoch sofort und riefen ihrerseits zur Gewerkschaftseinheit auf.

Hauptgegenstand der Diskussionen über die Gewerkschaftsstrategie zur Arbeitsgesetzgebung war besonders die Haltung der Gewerkschaften zur beabsichtigten Form einer Staatskontrolle über registrierte Gewerkschaften. Während die nicht-registrierten Gewerkschaften sich einer Staatskontrolle nicht unterordnen wollten und eine Registrierung ablehnten, ließen sich die FOSATU-Gewerkschaften registrieren, bekämpften aber gleichzeitig vehement die staatliche Kontrolle über ihre Aktivitäten.

Bei FOSATU überwog die Einsicht, daß registrierte Gewerkschaften bessere Vertretungsmöglichkeiten gegenüber den Arbeitgebern haben. Die Absicht der Regierung, die Gewerkschaften in registrierte und nicht-registrierte zu spalten, scheiterte. Zu stark waren die Interessenidentitäten und der Glaube an die gemeinsame Kraft. Deshalb dehnte der Staat die Kontrollbefugnis auf alle Gewerkschaften aus.

Haupthindernis bei den Einheitsverhandlungen war jedoch die Formulierung der zukünftigen Struktur und der Organisationsprinzipien des neuen Dachverbandes. Der Verfassungsentwurf, der im Mai 1985 von den politisch unabhängigen Gewerkschaften (unity unions) vorgelegt wurde, sieht folgende fünf Grundprinzipien vor:

- nicht-rassisch;
- Arbeiterkontrolle;
- eine Industrie - eine Gewerkschaft;

- nationale Kooperation;
- Vertretung auf der Grundlage zahlender Mitglieder.

Speziell das Prinzip „eine Industrie - eine Gewerkschaft“ wird große Probleme für die Mitgliedsgewerkschaften der Einigungsbewegung aufwerfen. Es wird sehr schwierig sein, wie beabsichtigt, innerhalb von sechs Monaten die beteiligten 33 Mitgliedsgewerkschaften auf zwölf klar voneinander abgegrenzte neue Industriegewerkschaften zu reduzieren.

Ziele und Aufgaben von COSATU

COSATU - ein Land, ein Verband: Unter dieser Losung schlossen sich am 1. Dezember 1985 endlich die 33 Einzelgewerkschaften zum neuen Dachverband zusammen. Sie vertreten mit rund 450 000 Mitgliedern mehr als drei Viertel der organisierten afrikanischen Arbeiterschaft.

Gewerkschaftsgruppen im neuen Verband

		Mitglieder (beitragzahlend)
FOSATU	(7 Industriegewerkschaften)	143 520
NUM	(Bergarbeiter)	100 000
GWU	(Hafen und Transport)	10 000
FCWU	(Nahrungsmittel)	26 455
CCAWUSA	(Einzelhandel)	50 345
CTMWA	(städtischer Dienst Kapstadt)	11 097
UDF-angeschlossene Gewerkschaften (darunter SAAWU, GAWU)		53 023
NFW	(6 Einzelgewerkschaften, UDF-angeschlossen)	7 448
weitere ungebundene Gewerkschaften		47 791
zusammen 33 Einzelgewerkschaften		449 679
Quelle: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8/Dezember 85		

Das Exekutiv-Komitee von COSATU setzt sich aus folgenden sechs Mitgliedern zusammen: Den Vorsitz hat Eliya Barayi, ehemaliger Vizepräsident der NUM, sein Stellvertreter und 1. Vizepräsident ist Chris Diamini, der frühere Präsident von FOSATU und jetzige Präsident von SFAWU; der 2. Vizepräsident ist Makhulu Ledwaba, ehemaliger Präsident von CCAWUSA. Als Schatzmeister fungiert Maxwell Xulu, früherer MAWU-Vorsitzender im südlichen Natal und als Generalsekretär Jay Naidoo, ehemaliger studentischer Aktivist und Generalsekretär des SFAWU. Zum Stellvertretenden Generalsekretär wurde Sydney Mafumadi ernannt, bisher UDF-Aktivist und Spitzenfunktionär der GAWU.

Auf dem Gründungskongreß wurden eindeutig politische Akzente gesetzt. Besonders betont wurde COSATUs Teilnahme am Befreiungskampf, die

jedoch nicht auf Kosten der gewerkschaftlichen Basisarbeit gehen soll. Darüber hinaus wurde die Umstrukturierung der Wirtschaft, die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit sowie die Umverteilung des Reichtums gefordert.

Einen ersten psychologischen Erfolg konnte COSATU bereits für sich verbuchen: Nachdem COSATU-Präsident Barayi während des Kongresses die Regierung in ultimativer Form aufgefordert hatte, die verhaßten Paßgesetze innerhalb von sechs Monaten aufzuheben, geschah dies tatsächlich.

Der neue Dachverband will vorerst kein Bündnis mit der UDF eingehen, aber mit allen fortschrittlichen politischen Organisationen zusammenarbeiten. Die angeschlossenen UDF-Gewerkschaften sorgen jedoch für Koordinations- und Kooperationskanäle. Der Besuch der COSATU-Führung am 5. März 1986 bei der ANC-Spitze in Lusaka ist ein weiteres Indiz für die politische Motivation des neuen Dachverbandes, ebenso die Unterstützung der internationalen Kampagne für einen Investitionsstopp und Wirtschaftsboykott.

Im innergewerkschaftlichen Bereich fordert COSATU seine Mitglieds-gewerkschaften auf, sich aktiv einzusetzen für die Gleichbehandlung von Mann und Frau, für die Durchführung gewerkschaftlicher Bildungsprogramme und die Durchsetzung des vollen Streikrechts sowie für die Abschaffung des Wanderarbeitersystems. Andere Resolutionen fordern die Aufhebung des Verbots von politischen Organisationen sowie die Einführung des gleichen und freien Wahlrechts für alle Südafrikaner, einschließlich der Homelands.

Die Reaktion der Gewerkschaften auf die Politik der südafrikanischen Regierung

Die in COSATU gesteckten Hoffnungen und Erwartungen sind hoch. Groß sind allerdings auch die Probleme, die zu lösen keine leichte Aufgabe sein wird - speziell die Neuordnung der Mitgliedsgewerkschaften in 12 Industrie-gewerkschaften. Es bleibt noch viel zu tun, um die Gewerkschaftsbasis zu verbreitern und die noch nicht angeschlossenen Verbände CUSA und AZACTU zu integrieren.

Der erste Schritt in Richtung auf eine repräsentative Einheitsgewerkschaft ist jedenfalls gemacht und die Möglichkeiten, dieses Vorhaben zu realisieren sind gut.

Die Gewerkschaftsbewegung in Südafrika hat sich eindeutig auf einen Konfrontationskurs gegen die Regierung festgelegt. Sie will aktiv am Befreiungs-kampf teilnehmen und strebt ein sozialistisches Südafrika an. Dies wird durch die Forderung nach Verstaatlichung der Minen und der Großindustrie noch unterstrichen. Die Aufrufe zum Generalstreik am 1. Mai und am 16. Juni waren eindeutig politischer Natur.

Obgleich vorerst keine Vollmitgliedschaft mit UDF angestrebt wird, wollen die Gewerkschaften mit allen fortschrittlichen Organisationen zusammenar-

beiten, darunter mit dem im Exil operierenden ANC und SACTU.¹ Der Prozeß bis hin zur Widerstandseinheit könnte durch die letzten Ereignisse noch beschleunigt werden.

Der neue Gewerkschaftsdachverband unterstützt die internationale Kampagne für einen Investitionsstopp und Wirtschaftsboykott, die sich gegen das Apartheid-Regime richtet. Ein Ausschuß soll der von der Regierung sowie von der Inkhata-Bewegung unter Häuptling Buthelezi verbreiteten Propaganda, Wirtschaftssanktionen schaden ausschließlich den schwarzen Arbeitern, entgegenzutreten.

Auf dem Gründungskongreß von COSATU wurde eine EntschlieÙung über Wirtschaftssanktionen mit großer Mehrheit angenommen. In ihr werden alle Formen internationaler Pressuren, einschließlich Investitionsstopp, als eine wesentliche und wirksame Form internationalen Drucks auf das südafrikanische Regime bezeichnet. Durch diesen Druck als „Akt der Solidarität“ werde der Befreiungskampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung intensiviert. COSATU bleibt den Prinzipien der internationalen Arbeitersolidarität als „mächtigste Form der Zusammenarbeit in unserem Kampf“ verpflichtet.

Dieses klare Bekenntnis widerlegt die Behauptung, daß die internationalen Gewerkschaftsverbände und Berufssekretariate ihre Forderungen nach Wirtschaftsboykott und Investitionsstopp einseitig und gegen den erklärten Willen der schwarzen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften gestellt haben.